

GROSSBRITANNIEN: DAS MUTTERLAND DES KLIMASCHUTZES?

Thomas Bernd Stehling

WIE VERLÄUFT DER DISKURS ZUM KLIMAWANDEL IN IHREM EINSATZLAND?

Mit der Vorlage des Reports des britischen Regierungsberaters Sir Nicholas Stern im Oktober 2006 ist der Klimawandel eines der zentralen Themen der öffentlichen Debatte in Großbritannien geworden. Premierminister Blair nannte die Analysen und Bewertungen von Sir Nicholas Stern „das wichtigste Dokument“, das in seiner Amtszeit auf seinen Schreibtisch gekommen sei. Stern hatte in seinem Papier gewarnt, der Klimawandel könne die Welt in eine Wirtschaftskrise bringen, wie sie nur mit den zwei Weltkriegen vergleichbar sei.

Kritiker nannten den nahezu 700 Seiten umfassenden Bericht „alarmistisch und inkompetent“. Zu den Einwänden zählt, dass die Computersimulationen, mit denen der CO₂-Ausstoß der nächsten Jahrzehnte und seine Folgen für die Erderwärmung berechnet wurden, die Komplexität der Entwicklungen nicht berücksichtigten würden und lediglich von einer begrenzten Zahl von Grundannahmen ausgingen. Stern selbst hat die Einwände mit dem Hinweis zurückgewiesen, sein Bericht sei lediglich ein Beitrag zur Klima-Diskussion, andere könnten ihren leisten. Sein Team und er hätten wahrscheinliche Entwicklungen beschrieben und die Probleme, die daraus folgen könnten, nicht notwendigerweise müßten.

Spätestens mit der Vorlage des IPCC-Reports sind wesentliche Grunddaten und Annahmen heute übereinstimmende Auffassung einer Mehrzahl von Wissenschaftlern. Mit der Beschreibung der Probleme, ihrer Ursachen und Konsequenzen, steigen zugleich Hoffnungen und Chancen auf eine sachgerechte Lösung. Dies ist heute die mehrheitlich angesehene Grundlage, von der aus Entscheidungen für die Zukunft getroffen werden müssen. Bei aller bekannten Zurückhaltung der Briten gegenüber der Idee eines geeinten Europas: In dieser Frage besteht Konsens, dass nur länderübergreifend wirksame Instrumente zum Klimaschutz gefunden werden können.

WELCHE FOLGEN DES KLIMAWANDELS WERDEN ALS AKUTE PROBLEME GESEHEN?

Für Großbritannien wird übereinstimmend eine Erwärmung von 2–3,5 Grad bis 2080 vorausgesagt, ein Anwachsen des Meeresspiegels um 10–70 cm sowie mehr und heftigere Stürme, Hitzewellen und starke

Regenfälle, insbesondere im Herbst und Winter. Die direkten Folgen sind eine zu erwartende Knappheit von Trinkwasser während der Sommermonate, Veränderungen bei Arten und Anbau von Agrarprodukten, eine hohe Zahl von Toten bei Hitzewellen, Stürmen oder Überschwemmungen. Darüber hinaus wird vor dem Ausbrechen neuer Krankheiten oder der „Zufuhr“ von in Europa bislang nicht auftretenden Krankheiten gewarnt. Unstreitig ist auch, dass insbesondere die ärmeren Teile der Bevölkerung betroffen sein werden.

WELCHE REAKTIONEN GAB ES AUF DIE BEREITS VERÖFFENTLICHTEN TEILE DES IPCC-BERICHTS?

Nach dem Vorlauf in der öffentlichen Debatte durch den Stern-Report ist der IPCC-Bericht weitgehend nüchtern aufgenommen und diskutiert worden. Mehrheitlich wird in ihm die Bestätigung von bekannten Grundannahmen gesehen, die es jetzt zu akzeptieren gelte. Die Berichterstattung und Kommentierung behandelt dabei in erster Linie die globalen Folgen des Klimawandels und befasst sich nur wenig mit den konkreten Konsequenzen für Großbritannien. Unstreitig ist dabei allerdings, dass das Land seinen Beitrag zur Eindämmung der Folgen leisten will und muss. Dazu zähle auch eine Informationskampagne, die die Kenntnisse zum Klimawandel verbreite. Umweltminister Miliband will dafür den Film von Al Gore „An Inconvenient Truth“ an allen Schulen des Landes vorführen lassen.

Weitgehende Übereinstimmung besteht unter den Parteien. Eine deutliche Mehrheit erkennt die Ergebnisse des IPCC-Berichtes an. „Grüne Themen“ sind in der Spitzengruppe der politischen Agenda, und die Tories führen ihren Kommunalwahlkampf 2007 unter dem Motto „Vote blue, go Green 07“.

WIE GEHT DIE POLITIK MIT DER PROBLEMATIK UM? WER SIND DIE AKTEURE?

Die Konservativen unter David Cameron haben den Umweltschutz zu einem wichtigen Bestandteil ihres Versuches gemacht, der Partei ein neues Image zu verschaffen und sie für neue Wählerschichten zu öffnen. Mit Bob Geldof für Themen der internationalen Armutsbekämpfung und Zac Goldsmith für Umweltthemen hat sich Cameron externe Berater geholt, die Bestandteil dieses Bemühens sind. Inhaltlich sind die Forderungen der Tories von der Absicht geprägt,

die Regierung als entscheidungsschwach, reaktiv und zögerlich erscheinen zu lassen. Die Tories verlangten unmittelbar nach Vorlage des Stern-Reports ein Gesetz zur Bekämpfung des Klimawandels. Den von Umweltminister Miliband vorgelegten Entwurf bewerteten sie als verwässert und unzureichend.

Die britische Regierung hat ihren Gesetzentwurf im März 2007 vorgelegt. Er ist seither Gegenstand von Anhörungen, Stellungnahmen und Diskussionen, die am 12. Juni abgeschlossen wurden. Ziel des Gesetzes ist die Verpflichtung, die Kohlendioxidemissionen „durch nationale und internationale Maßnahmen“ gegenüber 1990 bis 2020 um 26–32 Prozent und bis 2050 um 60 Prozent zu reduzieren. Ein unabhängiges Komitee soll eingerichtet werden, das die Regierung bei der Umsetzung ihrer Ziele zum Klimawandel beraten soll und dabei die Entwicklungen der Umwelttechnologie, der Wirtschaft, der Finanzen sowie sozialer und internationaler Faktoren und die Energiepolitik im Auge haben soll. Das Gesetz soll der Regierung ferner die Möglichkeit geben, neue Systeme beim Handel mit Emissionen einzuführen, die es ihr erlauben, die Rahmenvorgaben des Haushalts und der Emissionsziele zu beachten. Das Komitee soll dem Parlament einmal jährlich einen Bericht vorlegen, der mit einer Stellungnahme der Regierung zu versehen ist. Daneben ver-



England erlebte im Sommer 2007 Überschwemmungen in bisher unbekanntem Ausmaß.

pflichtet der Gesetzentwurf die Regierung, dem Parlament regelmäßig zum Stand der Umsetzung der Klimaziele zu berichten.

Die Regierung hat ferner umfangreiche Maßnahmen in ihrem „UK Climate Change Programme“ zusammengefasst. Es enthält die einzelnen Schritte zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen und beschreibt die Pläne der britischen Regierung national wie international.

DÄNEMARK: IN VORBEREITUNG AUF DIE WELTKLIMAKONFERENZ 2009 IN KOPENHAGEN

Thomas Bernd Stehling

WIE VERLÄUFT DER DISKURS ZUM KLIMAWANDEL IN DÄNEMARK?

Die Dänen erfreuen sich an der internationalen Anerkennung, die ihre Umwelt- und Klimapolitik erfährt. So haben die Vereinten Nationen entschieden, die Weltklimakonferenz 2009 mit rund 10.000 Delegierten und Beobachtern aus 170 Ländern in Kopenhagen durchzuführen. Er ist Teil der UN „Framework Convention on Climate Change (FCCC)“ und soll die Debatte über eine Anschluss-Vereinbarung zum Kyoto-Protokoll für die Zeit nach 2012 aufnehmen.

Der frühere US-Präsident Bill Clinton hat in einer Rede im dänischen Aarhus das Land für seinen „Kampf gegen die globale Erwärmung“ gelobt und Bevölkerung und Regierung aufgefordert, für „eine CO₂-Reduzierung

auch im Rest der Welt“ einzutreten. Dänemark zeige, dass „Wirtschaftswachstum ohne Erhöhung von Treibhausgasemissionen“ möglich sei.

Und in der Tat hat Dänemark eine unaufgeregte und zugleich entschlossene Veränderung seiner Energiepolitik auf den Weg gebracht, die Früchte trägt. Die Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere der Windkraft und Biomasse, nimmt bereits seit geraumer Zeit einen festen Platz in der Diskussion über die Alternativen zu Gas und Öl ein. Im Mai wurde in Nakskov auf Lolland das erste Wasserstoff-Kraftwerk eingeweiht. Die Anlage soll nicht genutzte Produktionen der Windkraftwerke nutzen, die sonst verloren gingen.

Umweltbewusstsein und die Sorgen um die Folgen des Klimawandels sind grundsätzlich in Dänemark bei Bevölkerung und den Verantwortlichen in Politik und